Der Steinarbeiter

ORGAN des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Verleger:
Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.
Verantwortlicher Redakteur:
A. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. die gespaltene Petitzeile oder deren Raum.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 47. **Sonnabend, den 21. November 1903.** **7. Jahrgang.**

Die Aufgaben des neuen Reichstags.

Gleich in der ersten Session erwarten den Reichstag große Aufgaben, an deren Erfüllung er alle Kraft wird setzen müssen. Um so unverantwortlicher ist es, das Parlament erst kurz vor Weihnachten zusammenzuberufen. Was kann er denn vor den Weihnachtsferien tun, wenn er erst anfangs Dezember einberufen wird? Die erste Lesung des Etats wird durchgepeitscht, ebenso einige kleine andre Gesetze, die zur Zwischenaktion bereit gehalten werden und dann ruht die Arbeit bis beinahe Mitte Januar.

Es liegt Methode in dieser Arbeitsvorschrift für den Reichstag, die ihm eine parlamentswidrige Regierung aufdrängt. Ein Reichstag, der länger arbeiten würde, als es der Regierung beliebt, müßte das Interesse des Volkes weit mehr auf sich lenken und an Einfluß gewinnen. Das liegt aber nicht im Interesse einer autokratischen Regierung, die das Parlament nur als ein notwendiges Uebel betrachtet. Darum wurde der Reichstag neuerdings immer später einberufen, als in frühern Jahren. Angeblich soll die Aufstellung des Etats noch nicht vollendet sein und deshalb die Einberufung sich verzögern. Das sind offiziöse Kinkerlitzchen, die obendrein kein Kompliment für die Arbeit der Regierung enthalten.

Der Etat muß ohne Rücksicht auf die kommenden neuen Handelsverträge aufgestellt werden, denn die Handelsvertragsverhandlungen zwischen der deutschen und auswärtigen Regierung befinden sich in einem Stadium, daß sie keinen sichern Schluß auf die erhofften neuen Zolleinnahmen zulassen. Und was die offiziös angekündigten neuen Militärforderungen anlangt, so sind diese doch nicht von heute und gestern, daß man um ihretwillen die Fertigstellung des Etats verzögert hätte.

Aber auch wenn der Etat nicht früher fertig gestellt werden und seine erste Lesung nicht eher als kurz vor Weihnachten erfolgen könnte, dann gäbe es massenhaft Arbeit für den Reichstag, wenn er bereits, wie früher, im Oktober oder anfangs November einberufen würde. Ganze Stöße sozialpolitischer Aufgaben bleiben in jeder Session unerledigt; sie könnten vor der Etatberatung in Angriff genommen werden. Gerade das scheint die Regierung verhindern zu wollen, auch deshalb schiebt sie die Einberufung des Reichstags so lange wie möglich hinaus. So werden sozialpolitische Angelegenheiten in den Hintergrund gedrängt. Von den zahlreichen Initiativanträgen der einzelnen Parteien kommt kaum der zehnte Teil zur Beratung, obgleich die Anträge sofort bei Beginn der Session gestellt werden. Sie bilden demnach nur Paradestücke und Lockmittel für die Wähler, die sich daran erbauen mögen, wenn sie auch die Verwirklichung der darin aufgestellten Forderungen nicht erleben.

Bekanntlich hat die sozialdemokratische Fraktion in der letzten Session des verflossenen Reichstags diesen Uebelstand scharf zur Sprache gebracht und die Verschleppung gerügt. Sie fand jedoch keine Gegenliebe bei den bürgerlichen Parteien, die aus kapitalistischen Gründen mitsamt der Regierung das Tempo der sozialpolitischen Gesetzgebung verlangsamen.

Der neue Reichstag wird in seiner ersten Session keine großen sozialpolitischen Sprünge machen können, er wird mit volksbelastenden statt volksentlastenden Aufgaben überladen sein.

Der neue Etat hat ein Defizit zu decken, das nach der Freisinnigen Zeitung um 17 Millionen Mark geringer sein soll, als das durch den vorjährigen Etat gedeckte Defizit des Jahres 1901. Aber der Etat für 1903 forderte zur Bilanzierung eine Zuschußanleihe von 72 Millionen Mark. Dem neuen Etat fehlen Deckungsmittel aus den Restkrediten für China, die im vorigen Etat noch im Betrage von 35 Millionen Mark zur Verfügung standen, während anderseits die Ausgaben für die Verzinsung der Reichsschuld, für Pensionen und für die Invaliditätsversicherung zusammen sich um mehr als 12 Millionen Mark höher stellen dürften.

Dazu kommen nun noch die Erhöhungen des Marineetats und die Mehrforderungen des Militäretats.

Bis zum 1. April muß der Etat vom Reichstag fertig gestellt sein und nur zwischen den Etatberatungen hindurch werden andre Arbeiten erledigt. Dann rücken die Osterferien heran und zwischen Ostern und Pfingsten wird alles überhastet, um nicht in den Sommer hinein tagen zu müssen. Selbst wenn der Reichstag noch so fleißig arbeitet, kann er nur einen kleinen Teil der Aufgaben lösen, die im Interesse des Volkes ihrer Lösung harren.

„Kulturaufgaben leiden nicht“, sagte Minister Miquel einst großspurig; das Wort ist durch die Tatsachen tausendmal widerlegt worden und bleibt bei den bestehenden parlamentarischen Zuständen überhaupt eine Phrase. Das deutsche Volk wächst nicht bloß an Zahl, auch an Intelligenz und verlangt von seiner parlamentarischen Vertretung gesetzgeberische Maßnahmen, die der wirtschaftlichen Entwicklung die Bahn ebnen. Statt dessen erweist sich die Volksvertretung oft als ein Hemmschuh des ökonomischen Fortschritts, sie dient feudal-junkerlichen Interessen und pfäffisch-reaktionären Bestrebungen. Wir werden ja sehen, wie dieser Reichstag, würdig seines Vorgängers, den Zollwuchertarif für die neuen Handelsverträge durchzudrücken und so die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und andern Staaten zu erschweren suchen wird, lediglich, um den konsumierenden Volksmassen die Lebenshaltung zu verteuern, damit die Kapitalisten — Großgrundbesitzer und Großindustrielle — größere Gewinne einheimsen können.

Dann fällt wieder der Sozialdemokratie die Aufgabe zu, mit aller Kraft gegen einen derartigen Mißbrauch der Gesetzgebung anzukämpfen und demgegenüber das Verlangen zu stellen, die Interessen der werktätigen Klassen zu schützen gegen die kapitalistische Ausbeutung. Bei der bekannten Konsequenz und Unerbittlichkeit der Sozialdemokratie wird ihre Vertreterschaft im Reichstag fest und zäh an ihren Forderungen halten, woraus zweifellos schwere Kämpfe im Reichstag sich entspinnen werden.

Doch das schadet nichts. Ist der Reichstag sich seiner Aufgaben bewußt, dann muß er in diesen Kämpfen den Interessen des arbeitenden Volkes Rechnung tragen, andernfalls hat er eine ebenso scharfe Opposition der Volksmassen gegen sich zu erwarten, wie sein ruhmloser Vorgänger. Große Erwartungen stellen wir nicht an ihn, seine Zusammensetzung zeigt in der Mehrheit das alte, verhärtete, reaktionäre Gesicht. Gut, daß die sozialdemokratische Opposition verstärkt ist, sonst befürchteten wir das schlimmste von ihm. Auch er wird dazu beitragen, daß die Sozialdemokratie von seinen Taten profitiert.

Parlamentarismus und Generalstreik.

Im letzten Heft der Neuen Zeit erörtert Rudolf Hilferding die Frage des Generalstreiks in einem groß angelegten Artikel, den die Redaktion der Neuen Zeit zur Diskussion stellt, weil diese Frage bekanntlich den nächsten internationalen sozialistischen Kongreß beschäftigen wird.

Der Verfasser geht von der Kardinalfrage aus, die unsre politische Situation in Deutschland schon seit Jahren beherrscht und die jeden Tag brennender wird: Welche Machtmittel hat das Proletariat einem Rechtsbruch der herrschenden Gesellschaft entgegenzustellen?

Auf diese Frage erhält man zunächst wohl die Antwort: Die Macht des Proletariats besteht in seiner Organisation. Aber Organisation ist nicht selbst Macht; sie kann nur Zusammenfassung von Macht sein, wenn auch in dieser Zusammenfassung die vorher latente Macht erst zu einem offensichtlichen, nach außen wirkenden Faktor wird. Die Organisation des Proletariats ist nur deshalb Machtorganisation, weil jeder Proletarier als Proletarier Macht unmittelbar besitzt, die auf seiner Stellung im Produktionsprozeß beruht. Als Arbeiter ist er die notwendige Bedingung des Ablaufs des Lebensprozesses der Gesellschaft. Die Arbeitsverweigerung des Proletariats setzt den Produktionsprozeß still, wie etwa die Weigerung der Besitzer der Produktionsmittel, diese funktionieren zu lassen — eine allgemeine Aussperrung —, die Produktion stillsetzen müßte. Auf dieser Notwendigkeit des Proletariats für die ganze Gesellschaft beruht seine Macht und der Einfluß, den seine verschiedenen Organisationen ausüben. Ist dieser offensichtlich für die gewerkschaftlichen Aktionen, so gilt dies nicht minder für die Geltung, die es sich in politischer Beziehung erzwungen hat. Tritt nun diese Macht in den gewerkschaftlichen Kämpfen unmittelbar in Erscheinung als meßbare Größe und ist der Erfolg des Kampfes hier zunächst unmittelbar abhängig von dieser Größe, so gilt dasselbe nicht von der politischen Aktion. Im Gegenteil. **Es ist das Charakteristikum der bürgerlichen Gesellschaft, daß hier wirtschaftliche und politische Macht nicht unmittelbar zusammenfallen,** wenn auch in letzter Instanz die politische Macht nur aus der wirtschaftlichen sich herleitet. Im modernen Staate hat sich die politische Macht, die organisierte Zwangsgewalt, über die die Gesellschaft verfügt, gegen ihre Unterlage, die wirtschaftliche Macht, verselbständigt und eine unabhängige Existenz gewonnen. . . .

. . . Die Bourgeoisie besitzt nur insoweit politische Macht, als sie **Verfügungsgewalt über die staatliche Organisation** vermöge ihres wirtschaftlichen Einflusses zu gewinnen vermag. Aber die Benutzung der Staatsgewalt wird der Bourgeoisie nur ermöglicht durch die organisierte Aktion der Klasse. Denn der einzelne Bourgeois hat im Gegensatz zum Feudalherrn mit seinen Hintersassen und Gefolgsleuten keine politische Macht, keine Zwangsgewalt. Wie die Bourgeoisie die Arbeit überhaupt von sich abwälzt, so auch die Arbeit der Verteidigung ihrer Macht. Diese fällt einer selbständigen, von ihr als Klasse nur mittelbar und von den einzelnen Klassenangehörigen gar nicht abhängigen Organisation zu. Mit der physischen Gewalt des einzelnen Bourgeois wäre man ja rasch fertig. Oekonomische und physisch-politische Macht sind getrennt; die politische Macht hat sich verselbständigt. Die einzelnen erscheinen jetzt von ihr abhängig und jeder einzelne in gleicher Weise.

Das Prinzip der Rechtsgleichheit, eine Unmöglichkeit im Feudalismus, ist der logische Ausdruck dieser Entwicklung.

Der einzelne, mag er auch „reich“ sein, ist politisch ohnmächtig. Erst der Reichtum der Klasse, der Monopolbesitz der Produktionsmittel und damit die Beherrschung der Produktion, solange es noch kein organisiertes, die Fortführung der Produktion eventuell verweigerndes Proletariat gibt, also die organisierte wirtschaftliche Macht und **die Bekundung des Willens, diese zur Aushungerung der politischen Macht zu benutzen,** gibt der Bourgeoisie die Verfügung über die staatliche Organisation. Die Aktion der Bourgeoisie muß so im vorhinein Aktion der Klasse, nicht des einzelnen sein wie im Feudalismus, und ihr Herrschaftsinstrument muß ein solches sein, welches diesen von den Einzelwillen unterschiedenen Klassenwillen zum Ausdruck bringt. Es muß also ein Vertretungssystem der Bourgeoisie geschaffen werden, und durch diese Vertreter übt die Bourgeoisie die Herrschaft über die staatliche Organisation aus und benutzt die politische Herrschaft wieder dazu, ihre wirtschaftliche Macht zu befestigen und zu vermehren.

Der Verfasser untersucht weiter, in welcher Weise sich im bürgerlichen Parlament — im Gegensatz zum ständischen Vertretungssystem, das eine bloße Summierung rein quantitativer, daher unmittelbar kommensurabler Machtmittel (Grundbesitz) darstellt — die wirtschaftliche Macht der Klassen und Gruppen der Gesellschaft in parlamentarische Macht umsetzt, und kommt zu dem Schluß:

Das Parlament erfüllt zwei Aufgaben. Es macht zunächst die wirtschaftliche Macht der einzelnen Bourgeois kommensurabel, miteinander unmittelbar vergleichbar, indem bei der Wahl der Vertretung der größeren wirtschaftlichen Macht auch die größere Stimmenzahl zufällt. Es bringt zweitens diese Macht einheitlich als organisierte Macht der Klasse zum Ausdruck und bildet das Instrument, durch das die Bourgeoisie ihre wirtschaftliche Macht — **parlamentarisch als Budgetbewilligung sich ausdrückend** — unmittelbar verwandelt in politische Macht. Aber es hebt natürlich die eigentümliche, nur der modernen Entwicklung entsprungene Trennung der politischen und wirtschaftlichen Gewalt nicht auf.

Diese Trennung aber ist es, welche es möglich macht, **das Wesen des Parlamentarismus selbst zu ändern,** aus dem bürgerlichen Parlamentarismus, dem Instrument der Beherrschung des Staates durch die Bourgeoisie, ein Instrument zu machen der Diktatur des Proletariats. . . .

Dem Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus aber entspricht — und hierin hat Lassalle unbedingt recht — das Zensuswahlrecht. Soll der Parlamentarismus Herrschaftsmittel der Bourgeoisie sein, so muß er von ihr auch beherrscht werden, und diese Herrschaft ist bedroht, wenn andre Klassen auf das Parlament Einfluß erhalten. Daher die stetige Tendenz zur Aufrechterhaltung oder Wiedereinführung des Zensus. . . . Das allgemeine Wahlrecht fehlt überall in den Kommunen und Landtagen. Es besteht für den deutschen Reichstag, aber in einer durch die Wahlkreiseinteilung verfälschten Form und hat mächtige Gegner. Der Grund für dies Verhalten ist klar.

Die Beseitigung des Zensus bedeutet **die Möglichkeit der Beseitigung der Bourgeoisherrschaft.** Das allgemeine Wahlrecht gibt dem Proletariat, das die Lüge von der Interessenharmonie durchschaut hat und seiner Selbständigkeit bewußt geworden ist, eine stets wachsende Vertretung. Die wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie reicht nicht mehr aus, um ihr die Majorität auf die Dauer zu sichern; denn die von ihr Abhängigen gewähren ihr nicht nur keine Unterstützung, sondern sind ihre schlimmsten Feinde geworden, indem sie gerade diese Abhängigkeit selbst beseitigen wollen. Der Einfluß der Bourgeoisie auf die staatliche Macht droht abzunehmen; diese bekommt auf eine gewisse Zeit wieder eine mehr selbständige Stellung: persönliches Regiment. Doch trotz der großen Unterschiede zwischen dem am Beginn und dem am Ende der Bourgeoisherrschaft auftretenden persönlichen Regiment ist es wie jeder Absolutismus nur aus dem Gleichgewicht, das sich verschiedene Klassen gegenseitig halten, entsprungen und das sicherste Anzeichen dafür, daß die Alleinherrschaft der einen Klasse vorüber und ein Uebergang auf die andre Klasse im Anzug ist. **So sieht die Bourgeoisie**

ihren **Parlamentarismus durch das allgemeine Wahlrecht entwertet.**

Hilferding setzt dann dem Niedergang der politischen Macht des Bürgertums dessen erhöhtes Interesse an der Beeinflussung der Staatsgewalt gegenüber, das zur Auslieferung der nationalen Wirtschaft an die Hochfinanz, die Kartelle und Trusts führt und den modernen Imperialismus vorbereitet, und fährt dann fort:

Der allmähliche und friedliche Uebergang, wie er sich durch die Eroberung des Parlaments vollziehen könnte, ist aber für das Proletariat von größter Bedeutung. **Nur die Aufrechterhaltung des allgemeinen Wahlrechts verbürgt eine stetige, fortschreitende Entwicklung.** . . . . Es zwingt die jetzt noch Herrschenden durch stetige Konzessionen, die Majoritätswerdung der Minorität womöglich zu verhindern oder wenigstens zu verlangsamen. Es werden so Errungenschaften gemacht, die dann, wenn die Majorität sich einer durch das Wahlrecht verewigten oder durch Aenderung des Wahlrechts stetig neu bewirkten Minorität gegenübersieht, nie erhalten werden. Es sind aber gerade diese Erfolge, welche der damit angeblich zu bekämpfenden Partei, **wenn diese sich nur ihr Prinzip ganz und voll zu wahren versteht,** zugute kommen müssen, indem sie den Kampfesmut ihrer Anhänger stärken, ihre Macht und ihren Einfluß erhöhen. Ferner ist der Parlamentarismus dadurch, daß er seiner Natur nach dazu zwingt, alle Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung zu begründen, für jedes einzelne Detail alle Gründe für und wider anzuführen, die eigenen Argumente beständig mit denen der Gegner zu messen, das beste und wichtigste politische Erziehungsmittel des Volkes und bietet dadurch ein unübertroffenes Mittel, das Volk politisch denken und fähig zu machen zu seiner eigenen Herrschaft. Er bietet aber auch die beste Möglichkeit zu Angriff und Abwehr, zur Konzentrierung der gesamten Kraft der Klasse auf einen entscheidenden Punkt. **Deswegen ist es für das Proletariat eine Lebensfrage, die Möglichkeit der Erringung der parlamentarischen Herrschaft sich stets zu bewahren. Das allgemeine gleiche Wahlrecht muß unerschütterlich gesichert sein gegen jeden Angriff, seine Eroberung ist wichtigstes Ziel und Vorbedingung des weiteren Fortschritts. Nur auf dem Boden des Parlaments ist es stets möglich, die wirtschaftliche Macht des Proletariats in politischen Einfluß umzusetzen.**

Die ganze parlamentarische Taktik der Arbeiterschaft muß aber mit Notwendigkeit in eine Sackgasse führen, wenn sie gerade dann, wenn sie entscheidende Schritte auszuführen hat, plötzlich angstvoll sehen muß, wie der Boden unter ihren Füßen zu wanken beginnt und gestehen muß, daß die Grundlage selbst, auf die sie sich gestellt hat, ihr entzogen werden kann. Das Wahlrecht wird zu einer unbrauchbaren Waffe, wenn man stetig befürchten muß, daß es bei wirklich entscheidenden Gelegenheiten sofort genommen würde. Diese Grundlage unsrer ganzen Position muß geschützt werden, und geschützt werden kann sie nur, wenn der wirtschaftlichen Macht der Bourgeoisie und der von ihr beeinflußten Staatsgewalt **die organisierte wirtschaftliche Macht des Proletariats** entgegengestellt wird, deren Einfluß sich die Staatsgewalt, da sie ja an sich keine selbständige Quelle der Existenz hat, nicht entziehen kann.

Die wirtschaftliche Macht des Proletariats ist aber begründet in seiner Unentbehrlichkeit für die Produktion, und sie erscheint allein in der Möglichkeit der Stillsetzung dieser Produktion. Denn Stillsetzung der Produktion ist das einzige entscheidende Zwangsmittel, das dem Proletariat gegenüber der Zwangsgewalt des Staates zu Gebote steht, seitdem der unmittelbare Kampf auf den Barrikaden zur Unmöglichkeit geworden ist. Die Stillsetzung der Produktion zeigt die Unentbehrlichkeit des Proletariats in der heutigen Gesellschaft, deren ganzer Lebensprozeß nur von seiner Arbeit abhängt. Es ist aber diese Unentbehrlichkeit des Proletariats, welche seine unwiderstehliche Macht, die Notwendigkeit seines schließlichen Sieges begründet. Sie muß eingesetzt werden, wenn es gilt, die Grundlage, auf dem das moderne Proletariat steht, gegen alle Erschütterung zu bewahren. Soll die parlamentarische Taktik, welche uns bisher von Erfolg zu Erfolg geführt hat, nicht plötzlich einmal von unsern Gegnern uns unmöglich gemacht werden, so muß das Proletariat bereit sein, das allgemeine Wahlrecht mit dem letzten Mittel zu verteidigen, das ihm zu Gebote steht. **Hinter dem allgemeinen Wahlrecht muß stehen der Wille zum Generalstreik.**

Der Generalstreik muß so die regulative Idee der sozialdemokratischen Taktik werden. Regulativ in dem Sinne, daß jeder Proletarier sich dessen bewußt wird, daß alle seine Errungenschaften, alle seine Positionen, alle seine Bestrebungen nur geschützt und durchgeführt werden, wenn er bereit ist, im Ernstfalle sie mit seinen Klassengenossen in der einzigen Weise zu verteidigen, die ihm zu Gebote steht, mit seiner Macht über den Lebensprozeß der ganzen Gesellschaft.

Regulativ ferner in dem Sinne, daß der Generalstreik nicht gedacht ist als ein selbständiges, für den gewöhnlichen Kampf bestimmtes Angriffs- oder Abwehrmittel. Nein! Er soll nicht an Stelle einer andern Taktik treten, als die ist, welche bisher befolgt wurde. Er soll nur diese Taktik, sobald sie durch ihre eignen Erfolge in Frage gestellt wird, wieder möglich machen. Er soll nicht den Parlamentarismus und die übrigen Aktionen ersetzen, sondern vielmehr die politische Aktionsfreiheit des Proletariats vor einer Einschränkung schützen. Und er ist regulative Idee schließlich in dem Sinne, daß er womöglich bloße Idee bleiben soll, das heißt im Bewußtsein und Willen des Proletariats mit solcher Lebendigkeit und Energie enthalten sei, daß jeder, der einen Angriff auf die Grundlage unsrer politischen Tätigkeit im Sinne führt, erschreckt zurückweicht, wenn er sieht, welche Konsequenzen sein Tun für ihn heraufbeschwören würde.

Der Artikel formuliert zum Schluß seine Ausführungen dahin: Der Generalstreik muß möglich sein, soll anders der Sozialismus selbst, der Sieg des Proletariats möglich sein. Denn der Generalstreik ist das einzige unmittelbar zwingende Machtmittel des Proletariats. Was die Barrikaden und die Steuerverweigerung für das Bürgertum waren, das ist der Generalstreik für die Arbeiterschaft.

Eine Untersuchung über die Abwanderung der ländlichen Arbeiter.

In Thieles Landwirtschaftlichen Jahrbüchern veröffentlicht Dr. Franz Heiser-Hartung eine Abhandlung über „die Berufswahl der ländlichen Jugend und das Schicksal der in die Städte Abgewanderten".

Der Aufsatz erfüllt nicht, was der Titel verspricht; denn über das Schicksal der Proletarier, die vom Lande nach der Stadt ziehen, weiß der Verfasser herzlich wenig zu sagen. Auch was er einleitend über die Motive der Abwanderung behauptet, ist ziemlich konfus. Die abgedroschene Phrase von der „Genußsucht" der Arbeiter muß herhalten! „Bei weitaus den meisten der von mir befragten unverheiratet abgewanderten Arbeiter spielte die Sucht nach materiellen Genüssen eine große Rolle . . . . Sie wollen die erhofften höheren Löhne gar nicht sparen, sie wollen die Vergnügungen in den Städten mitmachen, das lustige Leben genießen." Die Sozialdemokraten, behauptet der Herr Doktor, hätten durchaus Unrecht, wenn sie sagen, es sei „das Streben nach freier Betätigung der Kräfte", das die Arbeiter zur Landflucht" bewegt; er habe dieses Motiv bei seiner Umfrage „nur selten und in roher Form" vorgefunden. — Nun, das kommt ganz auf die Fragestellung an. Es ist ja zur Genüge bekannt, daß eine klare Beantwortung — ganz einfacher Fragen bei derartigen Umfragen nicht leicht zu erzielen ist, aber über die Motive einer Handlung befragt können und wollen nur die wenigsten Menschen eine klare und erschöpfende Antwort geben. Das ist auch ganz natürlich: es sind ja immer eine ganze Reihe von Motiven, die mitwirken, und außerdem spielen gerade in solchen Fällen, wie der Entschluß für einen Beruf in der Regel Dinge mit, die sich in knappen Worten nicht sagen lassen — Familienangelegenheiten, Bekanntschaften, Zufall u. a. m. — Eine sehr charakteristische Antwort zitiert der Verfasser wörtlich. Ein Berliner Pferdebahnschaffner sagt da: „Ich war gesund und kräftig, ich wollte tüchtig arbeiten und Geld verdienen. Arbeiten konnte ich auf dem Lande zwar auch, aber diese Arbeit wurde nicht bezahlt. Ich habe in der Stadt tüchtig gearbeitet und so viel verdient, daß ich mir meine Wirtschaft anschaffen, mich verheiraten und dank meiner Stellung meine Familie unterhalten kann. Dieses war mein Ziel und deshalb zog ich in die Stadt. Dieses Ziel mir auf dem Lande zu stecken, durfte, ja konnte ich nicht, weil es zu erreichen einfach unmöglich war. Dafür standen mir meine Erfahrungen und namentlich die Erfahrungen andrer Leute zur Seite; denn wer auf dem Lande nichts hat, wie es mir ging, der kommt auch dort zu nichts."

Dagegen ist das Ergebnis der Untersuchung insofern von Interesse, als der Verfasser in drei ländlichen Kreisen einiges Zahlenmaterial beibringen konnte, zur Beantwortung der Frage, welchen Beruf die Kinder der ländlichen Arbeiter ergreifen. — Es sind drei Kreise, in denen das Material beschafft wurde: der Kreis Steinburg in Schleswig-Holstein, der Kreis Jüterbog-Luckenwalde im Regierungsbezirk Potsdam und der Kreis Gumbinnen in Ostpreußen. Der erste Kreis ist rein ländlich, weist eine wohlhabende bäuerliche Bevölkerung auf, der zweite Kreis hat Großgrundbesitz und Bauernhöfe, dabei eine ziemlich beträchtliche Industrie in den beiden Städten, der Kreis Gumbinnen hat stark überwiegenden Großgrundbesitz und gar keine Industrie.

Im Kreise Steinburg konnte sich der Verfasser Zahlen aus 73 Ortschaften verschaffen. Es wohnten hier 1332 Arbeiterfamilien mit 910 erwachsenen Söhnen und 814 Töchtern. Von den Söhnen waren 311 gleich 34 Prozent landwirtschaftliche Arbeiter geworden, 46 gleich 5 Prozent sind Bauern oder Parzellenbesitzer. Dabei sind aber 7 zu Landbesitz gekommen in — Amerika, ein Teil durch Heirat, die wenigsten durch Ersparnisse, von denen sie sich eine Parzelle kaufen konnten. (Wie es da oft mit dem Eigentum steht, weiß man.) 219 oder 24 Prozent sind ungelernte Arbeiter geworden und zum Teil aus dem Heimatskreise abgewandert, nach Amerika, nach Hamburg usw. 284 gleich 31 Prozent sind gelernte Arbeiter und abgewandert. 50 gleich 6 Prozent sind selbständige Gewerbetreibende, Berufssoldaten, Lehrer usw. geworden. — Von den Töchtern waren 440 unverheiratet, 374 verheiratet. Von den letzten sind 47 Prozent auf dem Lande geblieben, 53 Prozent in Städten. Von den unverheirateten sind 59 Prozent auf dem Lande tätig, 41 Prozent sind Dienstmädchen oder Fabrikarbeiterinnen. — Es handelt sich hier um einen Kreis, in dem die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter relativ hoch sind und trotzdem bleiben nur 39 Prozent des Nachwuchses der ländlichen Arbeiter bei der Landwirtschaft. Die Landflucht ist also groß, und an Stelle der Abwandernden kommen Landarbeiter aus dem Osten hin, zum Teil als Saisonarbeiter, zum Teil ständig. Dadurch werden die Verhältnisse natürlich nicht besser, die heute noch im Vergleich zu andern Provinzen hohen Löhne werden in Holstein herabgedrückt und die Landflucht wird noch größer werden.

Im Kreise Jüterbog-Luckenwalde konnte der Verfasser 87 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke untersuchen. In den letzten waren 334 Arbeiterfamilien mit 255 erwachsenen männlichen Nachkommen. Von diesen waren 139 gleich 54 Prozent ländliche Lohnarbeiter, 3 hatten kleine Parzellen erworben, 113 gleich 45 Prozent waren Industriearbeiter oder haben andre städtische Berufe gewählt. Von den 269 Töchtern sind 171 auf dem Lande geblieben, die übrigen nach der Stadt gezogen. — In den Landgemeinden waren 1153 Söhne ländlicher Arbeiter. 727 gleich 63 Prozent sind Landarbeiter geworden, von den übrigen sind 164 gelernte, 225 ungelernte Arbeiter, 15 betreiben ein Handwerk.

In Gumbinnen wurden, wie der Verfasser mitteilt, seine Untersuchungen von den Gutsbesitzern sehr scheel betrachtet; man weigerte sich, ihm Auskunft zu erteilen. Nur für 7 Gutsbezirke und 13 Landgemeinden konnte er Material erhalten. — Von 358 erwachsenen Söhnen der dortigen Landarbeiter sind 185 gleich 51 Prozent auf dem Lande geblieben, 173 sind abgewandert und sind in der überwiegenden Mehrzahl — 113 — ungelernte Arbeiter in den Städten geworden, in Königsberg, Danzig, Berlin. Charakteristisch erscheint uns bei diesem Ergebnis, daß gerade der Kreis, in dem die Lage der ländlichen Arbeiter relativ am günstigsten ist, die stärkste Abwanderung aufweist, dagegen der märkische und der ostpreußische Kreis eine minder starke Abwanderung zeigen. Dies trotzdem der Kreis Jüterbog-Luckenwalde eine so starke Industrie hat und die Abwanderung nach dem nahen Berlin leicht ist. Die Erklärung ist sehr einfach: die ländlichen Proletarier in diesen Gegenden befinden sich in einer derart gedrückten Lebenslage, daß sie sich nur schwer aufraffen können, um dem Elend zu entfliehen; es fehlt die Energie und die Intelligenz, die nötig sind, um das Joch abzuschütteln, um den Kampf um eine andre Existenz aufzunehmen.

Diese Tatsachen sind sicher nicht neu; aber es ist nur zu danken, wenn derartige Spezialuntersuchungen vorgenommen werden, die immer und immer wieder auf die soziale Zersetzung, die wir durchmachen, hinweisen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Erfurt. Die Steinmetzmeister Walther und Hartmann fühlten sich durch einen Versammlungsbericht im Steinarbeiter beleidigt; um nun den Einsender herauszufinden, entließen sie alle verheirateten Erfurter Steinmetzen. Darauf traten die übrigen ebenfalls aus und somit wurde der Ausstand allgemein.

Rorschach (Schweiz). Ueber den Werkplatz Leutz ist die Sperre verhängt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Immer und immer wieder müssen wir auf die mangelhafte Führung der Statistiken hinweisen, deren Folgen sich dann am Jahresschlusse in nicht mehr auszugleichender Weise zeigen, indem verschiedene Orte nicht imstande sind, die statistischen Fragebogen auszufüllen und an uns abzuliefern. Wir weisen deshalb jetzt darauf hin, daß dieselben von Zeit zu Zeit von den Verwaltungen zu kontrollieren sind.

Namentlich unterläßt man bei Todesfällen die gedruckten Formulare auszufüllen und an uns einzuschicken. Es fehlen von dem nach dem 1. Juli Verstorbenen, welchen im Steinarbeiter ein Nachruf gewidmet wurde, mehr als die Hälfte. Wir geben hiermit die Namen der Verstorbenen bekannt, von denen diese Fragebogen noch fehlen und erwarten, daß dieselben umgehend an uns eingeschickt werden. Bei künftigen Todesfällen wolle man aber dafür sorgen, daß die Einsendung sofort geschieht. Von den nachfolgenden verstorbenen Kollegen fehlen die Todesanzeigen:

Berlin I: Johann Reck, 38 Jahre; Paul Byck, 32 Jahre; Benjamin Bonvechio, 39 Jahre. Bunzlau: Max Wechsun, 32 Jahre. Dortmund: Julius Haack, 40 Jahre. Dresden: Louis Müller, 49 Jahre; Franz Nowotny, 43 Jahre; Wilhelm Hacker, 30 Jahre; Ernst Howad, 39 Jahre; Gotthold Herrmann, 44 Jahre; Ernst Auerbach, 54 Jahre. Göppingen: Gustav Krämer, 18 Jahre. Leipzig I: Karl Kretzsch, 44 Jahre; Paul Müller, 37 Jahre. Neundorf: Ernst Zimmer, 50 Jahre; Heinrich Lifferth, 44 Jahre. Pirna: Johann Severin, 32 Jahre. Rochlitz, Oswald Steglich, 36 Jahre. Schreiersgrün: August Schmidt, 41 Jahre. Stuttgart: Robert Reiser, 23 Jahre.

* * *

Alle noch zu zahlenden Abonnementsgelder vom III. Quartal des Steinarbeiters wolle man unverzüglich einsenden. Wir weisen hiermit darauf hin, weil wir mit dieser Nummer die Zusendung des Blattes dort einstellen, wo Zahlung nicht geleistet worden ist.

Der Zentralvorstand.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungs-Berichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 × 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Berlin I. Am 8. d. M. fand im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung statt. Zu Ehren der verstorbenen Kollegen Byck und Bonvechio erheben sich die Anwesenden von den Plätzen. Genosse Schütte referierte über: Die Todesstrafe. Er schilderte in längerem, sehr lehrreichem Vortrag, daß es schon immer Leute gegeben, welche für Abschaffung der Todesstrafe eintraten. An der Hand von geschichtlichem Material entwarf er ein klares Bild, wie diese Bewegung sich bis zur Jetztzeit entwickelt hat. Besonders widerlegte er alle Gründe, welche für die Beibehaltung der Todesstrafe angeführt werden. Zum Schluß hofft er, daß das Wort: Du sollst nicht töten immer mehr Geltung bekommt. Starker Beifall wurde dem Redner zuteil. Bei der Abrechnung vom Herbstfest zeigt sich, daß trotz der mißlichen Verhältnisse ein Ueberschuß zu verzeichnen ist. Für die im Streik befindlichen bezw. ausgesperrten Metallarbeiter werden 100 Mark bewilligt. Am Bußtag soll die Arbeiterwohlfahrtsausstellung in Charlottenburg, Frauenhoferstraße, gemeinschaftlich besucht werden.

Eicha bei Brandis. Am Sonntag, den 15. November 1903, fand im Saale des Gasthofes zu Eicha eine Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Kalbskopf hieß die zahlreich Erschienenen, insbesondere die Unorganisierten, im Namen des Verbandes herzlich willkommen. Nach erledigter Bureauwahl erteilt der Vorsitzende dem Kollegen Staudinger das Wort zu seinem Vortrage über die wirtschaftliche Lage der Granitarbeiter. Kollege Staudinger schildert in ausführlicher Weise die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im allgemeinen, die der Granitsteinarbeiter im besondern. Eine Resolution im Sinne des Referats wurde angenommen. Punkt 2: Wahl eines dritten Revisors. Es wird Kollege Kalbskopf einstimmig gewählt. Punkt 3: Gewerkschaftliches. Es meldeten sich mehrere Kollegen zum Wort und bemängelten die hier herrschenden traurigen Zustände. Es wurde verurteilt, daß man wieder Frauen zu beschäftigen versucht, und zwar gibt man den hilflosen Frauen nur 20 Pfg. weniger pro Kubikmeter als den Männern. Als der Referent im Schlußwort die aufsteigende Gewerkschaftsbewegung beleuchtete und darauf verwies, wie dieselbe einen eminenten Einfluß auf die allgemeinen Lohnverhältnisse ausübt, ferner wie die Gewerkschaftsbewegung die Mitglieder zu höheren Zielen erzieht, desgleichen Bildung und Aufklärung in die Massen verpflanzt, weiter die Klassengegensätze hervorhebt und dann einen Vergleich mit der bürgerlichen Gesellschaft, insbesondere den jetzt so kompromittierten Offiziersstand streifte, legte sich der Ueberwachende ins Zeug, indem er erklärte, eine solche Charakterisierung sei hier nicht erlaubt. Staudinger betonte, Vergleiche mit unteren Volksschichten zu ziehen, sei trotz des eingeengten sächsischen Vereinsgesetzes noch jedem gestattet. Die Versammlung verlief in größter Ordnung, und wir können mit dem erzielten Resultat durchaus zufrieden sein, denn es traten eine Reihe von Kollegen dem Verbande bei, währenddem die lässigen Beitragszahler ermahnt wurden, ihrer Pflicht pünktlicher als bisher nachzukommen. Zur Richtigstellung sei bemerkt, daß Kollege Kalbskopf in der vorletzten Versammlung den Kassenbericht nicht als Revisor gab, sondern aus eigenem Interesse die Bücher prüfte und das Resultat dann bekannt gab.

Frankfurt a. M. Am 10. November fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß Genosse Dorschu verhindert sei, den Vortrag über das Bildungswesen halten zu können. Es nahm dafür Kollege Herrmann das Wort, um über Klassenkampf und Klassengegensätze zu referieren. In seinen Ausführungen betonte der Redner, daß schon bei den Römern Klassenkämpfe und Klassengegensätze bestanden hätten. Durch die Einführung des Christentums traten diese Erscheinungen noch schärfer zutage. Besonders die Geistlichen und Adligen verstanden es, sich für ihre Klassen große materielle Vorteile auf Kosten der Bauern zu verschaffen. Auch der deutsche Bauernkrieg sei als ein Klassenkampf zu betrachten. Redner schilderte noch die Klassenkämpfe im Mittelalter zur Zeit der Zünfte gegen die Uebergriffe der geistlichen und weltlichen Herren. Ausführlich besprach er noch die heutigen Klassengegensätze und zeigte an Beispielen (Umsturzvorlage, Zuchthausvorlage, Wahlrechtsverschlechterung), wie die herrschenden Klassen versuchen, die Arbeiter rechtlos zu machen. Redner schloß mit der Versicherung, daß nur starke Gewerkschafts- und politische Organisationen ein Bollwerk gegen alle reaktionären Uebergriffe sind. Die Diskussion war lebhaft, und zum Schluß dankte der Vorsitzende im Namen der Versammlung dem Redner. Im Punkt Verschiedenes ersuchte Kollege Holzmüller, die Statistik besser auszuarbeiten, damit die diesjährige Statistik eine bessere wird. Nach Bekanntgabe der nächsten Mitgliederversammlung, welche am 24. November stattfindet, wird darauf hingewiesen, eine regere Agitation zu betreiben.

Greiz. Am 1. November tagte im Restaurant zur scharfen Ecke eine öffentliche Steinarbeiterversammlung. Beim ersten Punkt wurde die Abrechnung vom 3. Quartal verlesen und von den Revisoren für richtig befunden. Die Kollegen wurden ermahnt, die Beiträge regelmäßiger zu entrichten. Im zweiten

Punkt handelte es sich um den jetzigen Tarif, ob derselbe gekündigt werden sollte oder nicht. Sämtliche Kollegen kamen zu der Einsicht, daß wie die Arbeit hier verlangt wird, der Tarif unbedingt zu niedrig sei. Es wurde eine Kommission von fünf Mann gewählt, welche den Tarif bis zum 1. Dezember kündigen und die nötige Aufbesserung vermerken soll. Ferner wurde noch von einem Kollegen gesprochen, welcher glaubte, etliche Stücke nicht richtig bezahlt bekommen zu haben. Der Kollege hielt es aber auch nicht für nötig, die Versammlung zu besuchen, sondern er zog das Schlafen vor und erschien erst nach der Versammlung. Hoffentlich kommt der Kollege das nächste Mal früher und schläft nach der Versammlung.

Nürnberg. Am 7. November fand hier eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Der Besuch der Versammlung war ja bedeutend besser, als in den beiden letzten Versammlungen, aber es sind noch Kollegen in der Zahlstelle, die schon bald ein Jahr organisiert sind, und schon früher einmal organisiert waren, sich aber in keiner Versammlung sehen lassen. Man glaubt doch, alle 4 oder 8 Wochen hätte man soviel Zeit, auf ein paar Stunden der Versammlung beizuwohnen, denn es sind ja Kollegen hier, die sich auch Zeit nehmen, um an Sonntagen mit dem Herrn Polier Ausflüge oder Radfahrerpartien mitzumachen. Als erster Punkt sollte Quartalsabrechnung sein, die aber bis zur nächsten Versammlung verschoben werden mußte, da der Kassierer durch Besuch verhindert war, zu kommen. Es wurde nun zum 2. Punkt, Verschiedenes, übergegangen, an dem sich gleich eine lebhafte Diskussion anschloß. In den meisten Werkstätten stehen die Kollegen auf Kriegsfuß miteinander, sie bringen es nie zur Einigkeit und warum? Nur wegen der lieben Arbeit, ob Tagelohn oder Akkord gearbeitet werden soll. Wir können uns daher nur eine zahlende, aber keine kämpfende Organisation nennen; die Folge davon ist, die Verhältnisse werden immer schlechter statt besser. Kollege Geil stellte den Antrag, es soll für die nächste Versammlung ein Referent bestellt werden, der über Zweck und Nutzen der Organisation spricht. Der Antrag wurde sodann einstimmig angenommen. Es ist jedes Kollegen Pflicht, zu kommen, damit der Referent nicht am Ende vor 16—20 Mann sprechen soll.

Riesa. Am 4. November tagte im Poetenrestaurant die Monatsversammlung; dieselbe war trotz der wichtigen Tagesordnung äußerst schwach besucht. Punkt 1 der Tagesordnung, Tarifangelegenheiten betr., wurde infolge des schlechten Besuchs nach erregter Debatte bis auf weiteres vertagt. Im Gewerkschaftlichen wurde beschlossen, ein gemeinsames Budenrecht stattfinden zu lassen, zu welchem sämtliche Kollegen erscheinen sollen, da dieselben keine Zeit mehr finden können, die Versammlungen zu besuchen. Des weiteren kamen noch verschiedene Vorkommnisse auf den Werkplätzen zur Sprache und kommt die Versammlung zu dem Beschluß, sich derartiges nicht bieten zu lassen und solche Zumutungen zurückzuweisen.

Zur Konferenz der Marmorarbeiter.

Mit bezug auf die Aeußerungen der Kollegen Beigang-Leipzig und Muriset-Rixdorf fühlt sich Unterzeichneter ebenfalls veranlaßt, schon deshalb, weil ich die eigentliche Triebfeder dieser Frage mit bin, näher darauf einzugehen. Zwar hätte ich von seiten des Zentralvorstandes (?) eine andre Erklärung erwartet! Nun ist aber dieselbe gefallen, und ich will gar nicht bestreiten, daß auch derselbe das Wohl aller im Auge hatte. Nun zur Sache selbst. Die Konferenz soll nicht etwa ein Tummelplatz werden, auf dem man seinen Zorn ausschüttet, wie die Anmerkung der Redaktion an den Anhang des Aufrufes des Kollegen Muriset in Nr. 46 des Steinarbeiters gipfelt (Anmerkung der Red.: Die gemachte Anmerkung enthält diese Bedeutung nicht im geringsten), sondern ernste Fragen werden doch Kollegen, die jahrzehnte im Marmorfach tätig sind, hinreichend Erfahrungen zur Seite, die dazu verwendet werden, um praktische Beschlüsse und Winke zur Agitation und Lohnbewegungen heranzubilden, und dies ist ein sehr wichtiger Punkt, der in der Fachpresse sowie auf der Generalversammlung nicht eingehend diskutiert werden kann, weil eben die wirtschaftliche Situation in der Marmorindustrie eine derartig miserable ist, die uns zu diesem Ausweg mit Bezug auf die Abhaltung einer Konferenz getrieben haben. Es wird in erster Linie die Frage aufgeworfen werden müssen, wie treten wir der Schmutzkonkurrenz entgegen? Regelung der Tarife, und zwar möglichst gleichmäßig über ganz Deutschland, Regelung eines Lehrlingsvertrages für Hauer und Schleifer. Die hygienischen Zustände in der Marmorindustrie müssen ebenfalls besprochen werden. Da ich nun die Vorschläge, resp. die einzelnen Punkte, die nach meiner Ansicht auf der Konferenz, das heißt, wenn dieselbe zustande kommt, die Hauptfaktoren bilden, erwähnt habe, so kann ich konstatieren, daß sämtliche angeführten Punkte auch eine durchdachte und wohl überlegte Materie bilden. Es soll aber in dieser Ausführung meine Aufgabe nicht sein, die Begründungen der Tagesordnung zu geben, sondern ein Wink zu derselben soll es sein. Wird aber die Konferenz nicht zustande kommen, dann wird uns nichts andres übrig bleiben, diesen Gegenstand in der Fachpresse durchzupeitschen. Nun zur fünften Radfrage. Wenn man dieselbe auch nicht so ernst nimmt, so ist sie doch berechtigt (??), nicht bloß ein Teil der Marmorarbeiter akzeptiert diese, sondern durchweg der größte Teil. Wenn nun von seiten der Redaktion festgestellt wird, daß in allen wichtigen Instanzen Marmorarbeiter mit raten und taten, so muß ich konstatieren, daß dieses die Zeit mit sich gebracht hat; man hat eben früher keinen großen Wert darauf gelegt. Wenn nun weiter resümiert wird, daß Hirtmann und Gerstenberger Beamte der Organisation waren, so ist das ja mehr wie berechtigt, und ich wünschte, daß Hirtmann noch auf seinem Posten wäre, denn in seiner Geschäftsführung hat er sich nichts zuschulden kommen lassen. Leider fühle ich mich veranlaßt, hier einen Fall, der sich auf meine Person bezieht, anzuführen. Ich setze voraus, daß ich weit entfernt bin, jemand den Rang abzulaufen. Auf der letzten Konferenz des 8. Gaues wurde von seiten Essen der Antrag gestellt, den Gauvorort nach dem letztgenannten Ort zu verlegen; bei der Begründung des Vertreters von Essen wurde gleichzeitig meine Person als Gauleiter vorgeschlagen. Wie hieß es da: Ein Marmorarbeiter hat ja gar nicht das Zeug dazu, in den Brüchen zu agitieren usw. Ja, wird bei derartigen Fällen nicht etwas Revisionismus (?) heraufbeschworen? Ich sage, gleiche Pflichten, gleiche Rechte, muß unser Prinzip sein, das heißt, wir nehmen die Kräfte, wie dieselben uns maßgebend sind, von Bevorzugung nur einer Korporation darf keine Rede sein. Auf die Lohnbewegungen der Marmorarbeiter Berlins und Düsseldorfs will ich gar nicht eingehen, und ich glaube auch nicht, daß die Konferenz ihre Zeit damit verschwenden wird. Wenn ich nun zum Schluß komme, so bin ich der Ueberzeugung, daß die Konferenz, wenn dieselbe in dem Sinne meiner kurzen Ausführungen gehalten wird, eine Förderung unsrer gemeinsamen Interessen bewerkstelligt! Ferner bin ich der Auffassung, daß die Teilnahme von 30 Orten wohl zu begrüßen wäre, aber hier spielt der Kostenpunkt die Hauptrolle, ich meine, wenn schon 15 bis 20 Orte erklären, daran teilzunehmen, soll man getrost tagen. Die Hauptsache ist, daß man in den Zahlstellen sobald wie möglich Stellung hierzu nimmt, denn ich bin auch der Meinung, daß Weihnachten die geeignetste Zeit dazu ist. Darum Kollegen, handelt nach Eurem Gutdünken.

Essen a. d. Ruhr. K. Wittmann.

Wirkliche Freunde des Handwerks.

Recht kuriose Sprünge leistete sich bei der verflossenen Landtagswahl der als konservativer Kandidat aufgestellte Professor Dr. Suchsland in Halle, der erfreulicherweise für diesmal das Abgeordnetenhaus mit der Würde eines Volksdeputierten nicht betreten wird, denn er ist mächtig durchgeplumpst und seine professorale Weisheit muß er für sich behalten. Er führte folgendes aus:

„Gebt dem Handwerker Arbeit, ruiniert ihm sein Gewerbe nicht durch Submissionen und Verkauf durch Hausmänner in Handwerkerschulen, dann wird die Ausbildung von selbst besser werden (?) und der Lehrling braucht nicht erst in Musterwerkstätten geschickt zu werden, damit er Arbeiten unter die Hände bekommt, die nachher durch ihren Verkauf und wahrscheinlich Schleuderverkauf die Konkurrenz noch erhöhen.

Soll denn der Meister bloß noch das Recht haben, den Lehrling zu ernähren und Marken für ihn zu kleben? (Anmerkung d. Redaktion: In erster Linie hat er ihn auszubeuten.)

Nein, wie der Meister die Pflicht hat, den Lehrling zu unterweisen (?), so hat er auch das Recht (na, na!), durch die Lehre selbst weiter angeregt zu werden und durch die geistige Berührung mit dem fortschreitenden Jüngling selbst jung zu bleiben und immer wieder zu lernen. (???).

Die besten Meisterkurse sind die Unterweisungsstunden, die der denkende Meister seinem Lehrling erteilt. „Durch Lehren lernen wir," heißt ein alter Spruch. Derselbe Inhalt ist der Kern des schönen Handwerksspruches: Wer soll Geselle sein? Der etwas kann! Wer soll Meister sein? Der etwas ersann! (??) Wer soll Lehrling sein? Jedermann!

Immer und immer wieder soll auch der Meister Lehrling sein und bleiben und lernen!"

Wenn der biedere Professor denkt, nur der soll Meister werden, der etwas ersann, so ist das, auf unsre jetzigen Meister angewendet, Blödsinn, denn größtenteils unterscheiden sich dieselben vom Gesellen nur dadurch, daß letztere bedeutend mehr Fachkenntnisse besitzen als erstere. Wenn man die Intelligenz unsrer Innungshelden bewundert, die zutage tritt bei dem Submissionswesen, so muß man sich doch sagen, daß diese heute selbst ihrem eignen Handwerk den Todesstoß versetzen. Ueberdies kann sich der Handwerkerstand über einen solchen warmen Verfechter nur freuen. Noch ein paar solcher Professoren und, Handwerkerstand, du bist — verloren!

Die Budapester Marmorplattenarbeiter traten am 2. November in den Streik und erzielten nach siebentägigem Streik folgendes: 1. Die Anerkennung des Fünferkomitees. 2. 9½stündige Arbeitszeit. 3. 4 Kronen Tagelohn für den schwächsten Arbeiter; die bisher 4 Kronen und noch mehr verdienten, erhalten 5 Proz. Lohnerhöhung. 4. Ueberstunden werden mit 20 Proz. höher entlohnt. 5. Infolge des Streiks darf niemand entlassen werden. 6. Die Vereinbarung währt bis 15. Oktober 1904. Es bedeutet dies wohl keinen großen Sieg, wenn man jedoch bedenkt, daß früher 2 Kronen 20 Heller bis 2.40 Kronen bezahlt und 10 bis 11 Stunden gearbeitet wurde, so kann man mit Recht sagen, daß der Streik, den Verhältnissen angemessen, dennoch einen schönen Erfolg aufweist. Vor einem Jahre war bei dieser Branche von einer Organisation noch gar keine Spur vorhanden; bei einer solch kurzen Organisationsarbeit ist also das Resultat befriedigend. Es liegt nun an den Marmorplattenarbeitern, die Organisation zu stärken und weitere Fortschritte anzustreben. Jetzt gilt es noch die Hilfsarbeiter zu organisieren, dann können sie sich einen Lohn erringen, wie ihn die Bausteinmetzen nicht aufweisen können. Ihr Lohnkampf wird durch den günstigen Umstand erleichtert, daß ihre Arbeit stets in kurzer Zeit fertig wird; der Arbeitgeber hat also jederzeit Gelegenheit, bei Uebernahme einer Arbeit die etwaige Lohndifferenz dem Besteller aufzuschlagen. Bei der Bausteinmetzbranche aber dauert eine im Offertwege übernommene Arbeit oft 2—3 Jahre und noch länger. Ist also die Arbeit von vornherein schlecht (billig) übernommen, dann ist es schwer oder gar unmöglich, dabei bessere Löhne zu erzielen. Die Bausteinmetzarbeiter müssen sich daher fortwährend „bewegen", um so die Herren Arbeitgeber nicht vergessen zu lassen, daß sie auf Kosten der Arbeiter keine billigen Offerten einreichen dürfen. Wenn also die Marmorplattenarbeiter dieses günstige Verhältnis ausnützen, so können sie in einigen Jahren einen ziemlichen Lohn erzielen.

Soziales.

Eine neue Krisis in Sicht? Die bürgerliche Presse meldete in letzter Zeit verschiedentlich von dem schlechten Geschäftsgang in der elsässischen Industrie. Die Spinnereibesitzer in Süddeutschland sollen neulich auf einer Konferenz beschlossen haben, ihre Betriebe einzuschränken, falls nicht eine anhaltende Besserung eintrete. In Mülhausen, der Metropole der elsässischen Industrie, hat die Arbeiterschaft die Folgen bereits zu spüren. In mehreren Spinnereien ist eine Betriebseinschränkung angekündigt. Auch in der Maschinenindustrie ist der Geschäftsgang sehr flau. In einem Betriebe, in dem über 3000 Arbeiter beschäftigt sind, wird nur noch fünf Tage in der Woche gearbeitet. In krassem Mißverhältnis zu diesen Vorgängen stehen die vielfach recht bedeutenden Fabrikvergrößerungen, die in diesem Jahre stattgefunden haben. Das Unternehmertum scheint es als etwas selbstverständliches zu betrachten, nunmehr jeden Winter der Arbeiterschaft die Hungerpeitsche fühlen zu lassen; denn nur diese haben unter den Betriebseinschränkungen zu leiden. Durch die elfstündige Arbeitszeit, die hier durchweg noch eingeführt ist, wird dafür gesorgt, daß der Unternehmer am Jahresschlusse doch seine fetten Dividenden einstreicht. Der ganze Zweck dieser Produktionseinschränkung ist und bleibt die Lohndrückerei.

Staat und Bundesrats-Verordnung. Genosse Abg. Merkel (Maurer), nahm kürzlich im bayrischen Landtage Gelegenheit, dem Minister zu sagen, daß selbst in den bayrischen Staats- und Gemeindebetrieben (resp. auf den Bauten) die Bundesratsverordnungen (betreffend neunstündige Arbeitszeit der Steinmetzen) und die von der bayrischen Regierung herausgegebenen oberpolizeilichen Vorschriften über den Bauarbeiterschutz nicht beachtet würden. Der Beschwerdeführer wies besonders hin auf den Justiz-Neubau in Schweinfurt (wird von der bekannten Firma Jäger und Rumpf in Hanau ausgeführt), den Bahnhofsbau in Nürnberg, den Rentamts-Neubau in Schwabach und den Neubau für das Kreisarchiv in Bamberg.

Der Herr Minister wußte hierauf nichts zu erwidern. Vielleicht findet er aber doch so viel Zeit, um seine Untergebenen zur Beseitigung der gerügten Mißstände anzuhalten, es wird halt wie immer etwas lange dauern.

Submissionsresultate.

Submissionsresultate. Recht fürwitzig war ein Steinhauer in Hetzbach, dem die Lieferung von Sandsteinen zum Amtsgerichtsbau in Lampertheim (Baden) für 3800 Mk. übertragen worden war, obwohl seine Mitbewerber zwischen 8000 und 9000 Mk. forderten. Der billige Mann verlor das Spiel und ließ Kaution und Schulden im Stich, nachdem er schon die meisten Steine geliefert hatte. — Aehnliche Rechenmeister, wie der Hetzbacher, scheinen einige Steinbruchsbesitzer zu sein, die sich um die Lieferung von Werksteinen zur Erneuerung einer Eisenbahnbrücke bei Grizehne erwarben. Los I, 37 Kubikmeter Granitauflagersteine, höchstes Angebot 5317.60 Mk., niedrigstes Angebot 1840 Mk. Los II, 104 Quadratmeter Deckplatten, 2080 und 832 Mk. Solchen Submissionsergebnissen gegenüber möchte man schon von dem folgenden als einem sehr erfreulichen reden: In Rheydt wurden 13 Angebote auf Lieferung von 117 Kubikmeter Werksteinen aus Basaltlava für Bahnhofsbauten gemacht mit dem Resultat, daß das Mindestangebot 6818.29 Mk. und das Höchstgebot 9271.74 Mk. betrug.

Rundschau.

Göttliche Weltordnung. Von mehr als hunderttausend Kanzeln wird in nächster Zeit verkündet werden: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Vielleicht erinnern sich die von christlicher Liebe triefenden Stützen der heutigen göttlichen Weltordnung, daß ihre Weltordnung so vom „christlichen Geiste der Liebe" durchtränkt ist, daß die Aermsten der Gesellschaft krank und hilflos hinter einem Zaune elendiglich umkommen müssen. Ein solcher Fall der Erlösung aus dem menschlichen Jammer trug sich am 4. November zu in der Stadt Hannover, in der es nach Herrn Senator Wallbrecht hungernde Arbeiter überhaupt nicht gibt und kein Arbeiter, wie der Stadtdirektor verkündete, ohne Arbeit ist. In der Dunkelheit, abends 7 Uhr, hörte ein Mann, der die Ohestraße passieren mußte, dort herzzerreißende Klagen und Jammerrufe. Beim Hinzutreten fand er eine schwer kranke Frau an einer Mauer vor. Auf die Frage, warum sie sich, statt in einem Krankenhause hier im Straßendreck befinde, antwortete die Arme, daß sie im Krankenhause nicht aufgenommen worden sei. Sie hatte Lungenentzündung. Der Mann mußte als Beamter seinen Dienst erfüllen und verwies die kranke Frau nach der Polizei, die für sie sorgen müsse. Nun machte sich die bejammernswerte Kranke auf den Weg zum Polizeipräsidium. Sie hat sich nicht mehr bis dorthin schleppen können, als der Mann zurückkam, traf er die Aermste stöhnend auf der Straße — im Todeskampfe, und noch ehe der herbeigerufene Sanitätswagen erschien, war sie verstorben. Am andern Tage meldete der Polizeibericht den „Tod einer unbekannten Frauensperson". Wie wir erfahren, soll die Frau in Linden wohnhaft gewesen sein. — In der Eilenriede fanden gestern vormittag die beim Holzfällen beschäftigten Waldarbeiter in den Fuhren hinter Bischofshole die Leiche eines unbekannten Mannes. Abgetragene Kleidung und abgetragene Schuhe deuten auf ein qualvolles Leben, das dieser 25—30 Jahre alte Mann durch Erhängen vorzeitig beendete. —Eine schöne Weltordnung, in der die Arbeiter bis ins Alter hinein eine gesicherte Existenz haben. — — —

Neue Unternehmerorganisation. Ein Deutscher Zimmermeisterverband ist am 24. Oktober in Hannover gegründet worden. Der Sitz des Verbandes ist Mannheim, er soll aber mit dem Wohnort des jeweiligen Vorsitzenden wechseln. Durch die Vereinigung soll unter den Zimmermeistern „die Standesehre und das Standesbewußtsein wieder zum Blühen gebracht und dem alten ehrbaren Zimmerhandwerk zu seinem früheren Ansehen und zu seiner verdienten Geltung verholfen werden". Sehr scharf gerügt wurde das Vorgehen der Staats- und Kommunalbehörden bei Vergebung der Arbeiten an Generalübernehmer. Bei diesem System seien alle Handwerker im Nachteil, nur der Generalübernehmer werde immer kapitalkräftiger und steige sogar, obwohl er vielleicht vom Bau am wenigsten verstehe, zu den lichten Höhen eines Baumeisters empor, von denen er mit Geringschätzung auf die für ihn schaffenden Handwerker hinabblicke. Bewegte Klagen wurden laut über das sich immer mehr breitmachende Bauspekulantentum und die sich als Unternehmer für Zimmerarbeiten aufspielenden Holzhändler. Auch auf das Verdingungswesen wurde kein Loblied gesungen. — Lebhaft beklagt wurde natürlich die Zurückdrängung des Holzes aus den Wohnhäusern, was zum großen Teil auf die ungünstigen baupolizeilichen Bestimmungen zurückzuführen ist. — Von den gemischten Innungen und „Arbeitgeberverbänden" sei für die Zimmermeister nicht viel zu erhoffen. In den Innungen hätten die Maurermeister das Uebergewicht und die Zimmermeister würden immer mehr zurückgedrängt. Maurer- und Zimmergewerbe seien auch nicht verwandt, und bei den Handwerkskammern müsse dahin gewirkt werden, diese noch vielfach angenommene Verwandtschaft zu beseitigen. — Einführung des Befähigungsnachweises für die Uebernehmer von Zimmerarbeiten, genossenschaftlicher Zusammenschluß der Zimmermeister gegen die unlautere Konkurrenz der Holzplatzinhaber und Gründung einer eignen Baubank für Zimmermeister wurden als Mittel zur Hebung des Zimmergewerbes angeführt.

Aus Essen wird berichtet: In Velen (Regierungsbezirk Münster) verhaftete ein Gendarm zwei schon längere Zeit außer Arbeit befindliche Mitglieder des Buchdruckerverbands wegen angeblicher Landstreicherei, dieselben dem Amtsgericht in Borken zuführend. Der verständigerweise sofort benachrichtigte Gauverwalter Müller begab sich schleunigst nach dort und machte dem Richter klar, daß bei der vom Verbande gewährten Unterstützung der Begriff der Landstreicherei auf unsre reisenden Mitglieder niemals anwendbar sei. Der Richter bedauerte den Vorfall, berief sofort die notwendigen Schöffen zu einer Verhandlung ein, in welcher die vermeintlichen Landstreicher dann ohne weiteres freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt wurden. Bei ähnlichen Vorfällen — welche leider noch immer möglich — wolle man nach diesem resoluten Beispiel verfahren.

Bauernbündler Schrempf als „regelrechter" Arbeitervertreter. Zu dem großen Tamtam des „ersten" deutschen Arbeiterkongresses in Frankfurt a. M. sollten bekanntlich nur Arbeiter oder aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Gewerkschaftsbeamte zugelassen werden. So wurde wenigstens hochtönend verkündet. Nun fand am 5. November

in Stuttgart eine Versammlung der christlichen Gewerkschaften und des katholischen Arbeitervereins statt, in der Herr Neumayer aus München über diesen Kongreß Bericht erstattete. In dieser Versammlung produzierte sich unter andern der frühere Reichstagsabgeordnete, der „große" Bauernbündler, Redakteur der Deutschen Reichspost und 7 Mk.-Zöllner, Herr Schrempf, der bei der letzten Reichstagswahl so glanzvoll durchgefallen ist. An seiner sonst sehr inhaltslosen Rede interessiert uns hier nur eins, nämlich, daß Herr Schrempf als „regelrechter Vertreter des evangelischen Arbeitervereins Cannstatt" an dem Frankfurter Kongreß teilgenommen hat. Herr Schrempf ist jedenfalls ein recht merkwürdiger „Arbeitervertreter". Sollte Herr Schrempf etwa auch der Veranlasser des an den Kongreß gerichteten Begrüßungstelegramms des Bundes der Landwirte sein? Das ergäbe eine interessante Seelenverwandtschaft, die die Frage rechtfertigt, wie viele solcher „Arbeiter"vertreter wohl sonst noch an diesem Kongreß teilgenommen haben.

Zivilrechtliche Haftung der Arbeitgeber bei Nichtverwendung von Beitragsmarken zur Invalidenversicherung für die von ihnen beschäftigten Versicherten. Die amtlichen Nachrichten der Landesversicherungsanstalt Berlin machen auf ein Urteil aufmerksam, das für Arbeitgeber wie für Versicherte gleich wichtig ist. Die 3. Zivilkammer des Landgerichts zu Breslau hat einen Arbeitgeber, welcher es versäumt hatte, Marken für einen von ihm beschäftigten Lehrling zu verwenden, zur Zahlung der Invalidenrente für die Lebensdauer des Lehrlings verurteilt. Durch die Nichtverwendung der Marken hatte der invalid gewordene Lehrling den Anspruch auf Rente von der Landesversicherungsanstalt verwirkt und das Landgericht hat den Arbeitgeber, durch dessen Versäumnis der Verlust des Rentenanspruchs herbeigeführt wurde, für regreßpflichtig erklärt. Diese Entscheidung ist für alle Arbeitgeber von der größten Bedeutung und dieselben werden in ihrem eigensten Interesse auf pünktliche Markenverwendung zu achten haben.

Unzulänglicher Lohn berechtigt zu sofortiger Arbeitsniederlegung, so entschied das Düsseldorfer Gewerbegericht. Der in Ratingen wohnende Papier- und Dütenfabrikant Peter Heubes hatte gegen zwei Arbeiterinnen Klage auf Zahlung eines Schadenersatzes von je 9.60 Mk. wegen Kontraktbruchs angstrengt. Aus der Verhandlung ging hervor, daß die beiden Mädchen in 14 Tagen nur 6 Mk., etwa 4½ Pfg. pro Arbeitsstunde, verdient hatten, weshalb sie von der Arbeit fortgeblieben waren. Der Gerichtsvorsitzende gab dem Kläger den Rat, bei solchem Lohn, von dem doch niemand existieren könne, die Klage zurückzunehmen. Dessen weigerte sich der Arbeitgeber, worauf er mit seinen Ansprüchen abgewiesen und gleichzeitig verurteilt wurde, einer Arbeiterin wegen Vorenthaltung ihrer Papiere 12 Mk. Entschädigung zu zahlen.

Arbeitslosenfürsorge in England. Mit der Begründung, daß man gerade in Fragen des Arbeiterschutzes nicht so lange warten dürfe, bis es zu spät sei, um helfend einzugreifen, beschäftigt sich der Londoner Grafschaftsrat augenblicklich damit, Maßregeln zu beraten, um eventuell den Folgen größerer Arbeitslosigkeit im kommenden Winter beizeiten vorzubeugen. — Die Konjunktur wird also in England für so trostlos gehalten, daß man mit Bestimmtheit auf das Eintreten größerer Arbeitslosigkeit rechnet! — Und welche Vorbeugungsmaßregeln trifft Deutschland? Höchstens neue Militär- und Marinevorlagen, in deren Gefolge dann die üblichen Steuererhöhungen marschieren.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Europas und Nordamerikas hat das Neuyorker Arbeitsamt auf Grund offizieller Publikationen und der Veröffentlichungen der Gewerkschaftsverbände berechnet und die betreffende Statistik in dem Bulletin für September 1903 veröffentlicht. Es stellt sich danach die Stärke der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern wie folgt:

Vereinigte Staaten und Kanada (Sept. 1903)	2 500 000
Großbritannien und Irland (Dezember 1902)	1 915 506
Deutschland (Dezember 1902)	1 092 642
Frankreich (Januar 1902)	614 204
Italien (August 1902)	480 689
Oesterreich (Dezember 1902)	166 488
Dänemark (Januar 1902)	101 964
Belgien (1902)	83 677
Schweden (Januar 1902)	69 009
Schweiz (1899)	49 034
Spanien (Januar 1903)	46 896
Niederlande (März 1903)	17 062
Norwegen (Januar 1902)	14 450
Ungarn (Januar 1902)	8 222

Von den Mitgliedern der britischen Gewerkschaften befinden sich etwa 10000 in den britischen Kolonien, hauptsächlich aber in den Vereinigten Staaten; diese letzteren erscheinen daher doppelt gezählt. In Italien ist seit dem vorigen Jahre die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften (infolge Auflösung von Landarbeiterorganisationen) auf etwa 250000 zurückgegangen. Wenn die Statistik auch nicht so vollständig ist, als man es wünschen würde, so zeigt sie doch das gewaltige Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung.

Internationaler Arbeitsmarkt. In schroffem Gegensatz zu der allgemeinen Besserung des deutschen Arbeitsmarkts zeigt die Lage des Arbeitsmarkts in den meisten andern Industrieländern eine ganz erhebliche Verschlechterung. Der Arbeitsmarkt berichtet darüber: Am stärksten war der Rückgang des Beschäftigungsgrads in den Vereinigten Staaten. Die Eisenindustrie hat ihre Erzeugung herabgesetzt, indem ganze Betriebe stillgesetzt wurden oder aber eine Verkürzung der Arbeitszeit stattfand. In der Textilindustrie und im Baugewerbe ist die Lage noch nicht unbefriedigend. Von der amerikanischen Krisis befürchtet England eine Beeinträchtigung seines Exportgeschäfts, das gegenwärtig für den Beschäftigungsgrad Englands von großem Belang ist. Geht doch die Aufnahmefähigkeit des heimischen Markts von Monat zu Monat zurück, was sich deutlich in der stetig steigenden Ziffer der Arbeitslosen ausdrückt. Während in dem schon ungünstigen Vorjahr die Prozentziffer der Arbeitslosen im September 5,5 betrug, ist sie im September dieses Jahrs auf 5,8 gestiegen. Der Geschäftsgang ist während des September in fast allen Eisen verarbeitenden Gewerben zurückgegangen. Im Textilgewerbe haben die Wollenbranchen eine leichte Besserung erfahren, während im Baumwollgewerbe die Ungunst noch andauert. Wie der englische, so zeigt auch der Arbeitsmarkt in Frankreich im September eine Verschlechterung. Während im Vorjahr der Prozentzeiger der Arbeitslosen auf 10 stand, waren es in diesem September sogar 12,6 Prozent. Vor allem hat die Bautätigkeit abgenommen. Im Textilgewerbe ist der Geschäftsgang noch immer unbefriedigend, aber es zeigt sich doch eine Tendenz zur Besserung. Diese Aussicht auf bessere Zeiten ist um so bemerkenswerter, als im Nachbarlande Belgien die Textilindustrie recht ungenügend beschäftigt war. Die Ursache war allerdings Mangel an Rohmaterial, der so groß war, daß in den Baumwollspinnereien und Webereien von Gent und Vororten erhebliche Betriebseinschränkungen durchgeführt werden mußten. Im Stickereigeschäft der Schweiz wurden anfangs September Arbeiterentlassungen in erheblichem Umfange vorgenommen. Im Seidengewerbe Italiens hat der Geschäftsgang sich gleichfalls so verschlechtert, daß eine einheitliche Betriebseinschränkung geplant wird.

Resolution

betreffs gesetzlicher Schutzbestimmungen der Steinarbeiter, als Ergänzung zum Protokoll des internationalen Kongresses.

(Von Staudinger-Leipzig.)

(Diese Resolution konnte im Protokoll nicht mehr untergebracht werden und das internationale Sekretariat ersucht alle Fachorgane, dieselbe zum Abdruck zu bringen.)

Sie lautet:

In Erwägung, daß im Steinarbeiterberuf eine sowohl durch Statistiken nachweisbare, als auch von verschiedenen Hygienikern beglaubigte hohe Gesundheits- und Todesgefahr besteht, daß dieser Beruf von der Schwindsuchtsgefahr am schwersten bedroht ist; daß die volkswirtschaftlich höchst nachteilige Einwirkung dieser großen Krankheits- und Sterblichkeitsziffer der Steinarbeiter auf zahlreiche Gemeinden der verschiedensten Länder, die Leistungsfähigkeit derselben und jeden ferneren sozialen Fortschritt hemmt; daß ferner auf vielen Steinhauerplätzen und Steinbrüchen durch die bestehenden Verhältnisse diese Gesundheits- und Unfallgefahr noch erhöht wird, und daß bis dato mit Ausnahme von Deutschland kein Land sich genötigt sah, speziell für die Steinarbeiter gesetzliche Schutzvorschriften zu erlassen. erachtet es der internationale Steinarbeiterkongreß in Zürich für notwendig, die Landesorganisationen zu beauftragen, für laufende statistische Erhebungen Sorge zu tragen und so auf die Regierungen einzuwirken, arbeiterschutzgesetzliche Bestimmungen zu erlassen.

Der internationale Kongreß verlangt in erster Linie die Festlegung der täglichen Arbeitszeit in unserm Berufe auf nicht höher als acht Stunden, sowie den Erlaß besonderer sanitärer hygienischer Vorschriften. Für die in den Steinbrüchen beschäftigten Arbeiter sind wegen den dort zu leistenden überaus höchst gefährlichen Arbeiten besondere Unfallvorschriften festzusetzen.

Die Behörden haben die Ausführungen der Schutzbestimmungen streng zu überwachen und etwaige Uebertretungen mit strengen Strafen zu ahnden.

Der Kongreß empfiehlt ferner den einzelnen Landesorganisationen, danach zu streben, für die Einigung des Lohnsystems und möglichste Beseitigung des Akkordwesens einzutreten.

Internationales Sekretariat der Steinarbeiter in Zürich.
Robert Kolb.

Zehn Gebote für Versammlungsleiter.

1. Gebot.
Willst Du 'ne Versammlung lenken,
Mußt Du fähig sein zu denken!
2. Gebot.
Willst Du dann der Sache nützen,
Mußt Du Redekunst besitzen!
3. Gebot.
Lasse meistens and're reden,
Denn Dein Quatsch ist nicht vonnöten!
4. Gebot.
Wenn sich einer will beschweren,
Darfst Du ihm es nicht verwehren!
5. Gebot.
Wird in schlechtem Ton gestritten,
Schleunigst das Wort abgeschnitten!
6. Gebot.
Wenn zwei, drei dasselbe sagen,
Mußt Du dies sofort beklagen!
7. Gebot.
Will da einer Ruhe stören,
Mußt Du ihm energisch wehren!
8. Gebot.
Daß ein Redner zu oft spricht,
Ist nicht statthaft, duld' es nicht!
9. Gebot.
Soll Ordnung halten Dir gelingen,
Mußt Du oft die Glocke schwingen!
10. Gebot.
Herrscht Radau und wird nicht Ruh,
Mache schnell die Klappe zu.

Gau-Konferenz des 15. Gaues.

Vorort: Schwarzenbach a. Saale.

Am Sonntag, den 13. Dezember, findet im Köppelschen Saale zu Schwarzenbach a. Saale, vormittags 10 Uhr beginnend, die Gaukonferenz der Steinarbeiter mit nachstehender Tagesordnung statt:

1. Bericht der Gauleitung.
2. Stellungnahme event. Anträge zur bevorstehenden Generalversammlung.
3. Agitation.
4. Verschiedenes.

Jeder Ort ist berechtigt, bis zu 3 Delegierte zu entsenden. Delegierte aus nichtorganisierten Orten finden freundlichst Aufnahme. Die Kosten für die Delegation hat jeder Ort selbst zu tragen.

Die örtlichen Situationsberichte wollen bei der Konferenz schriftlich eingereicht werden.

Die Gauleitung. J. A.: Georg Prell.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Bautzen. Der Steinmetz Max Loeser aus Zwickau war bei der Firma Vogel u. Müller sechs Wochen beschäftigt, ohne während dieser Zeit es für notwendig zu finden, sein Buch abzuliefern. Er gab an, dasselbe liege in Dresden, was kaum der Fall sein dürfte. Die Kollegen werden allseitig vor Loeser gewarnt.

Der Vertrauensmann.

* * *

Mühlhausen i. Th. Folgende Kollegen sind aus dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands ausgetreten: Hans Müller, aus Treffurt, geb. den 17. Februar 1878, Verbandsnummer 11338, August Kindervater aus Gr.-Wanzleben. geb. den 2. Juni 1874; Verbandsnummer 11350.

Albert Gernandt, Kassierer.

Adressen-Aenderungen.

Nürnberg. Die Reiseunterstützung wird an Wochentagen Holzmannscher Werkplatz (Bahnhofsneubau), an Sonntagen von 12 bis 2 Uhr bei Kollege Grassmann, Köhnstraße 24, III., ausbezahlt.

* * *

Schlettstadt. Julius Stärkel, Vertrauensmann in Orschweiler bei Schlettstadt i. Elsaß.

* * *

Horka. Max Brosch, Vertrauensmann in Neudörfel (Post Räcklwitz.

* * *

Duisburg-Hochfeld. Vertrauensmann Paul Monterwann, Mühlenstraße 26, III.

* * *

Deutmannsdorf. Vertrauensmann Wilhelm Kühn, Hartliebsdorf, Kreis Löwenberg i. Schlesien.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 9. bis mit 14. November 1903.

Leisnig, Beitrag 1.30; Brackwede, Beitrag 21.84; Breden, Beitrag 5.—; Helmstedt, IV. Qu. 8.40; Braunschweig, III. Qu. 9.—; Witten, Beitrag 2.05; Augsburg, Beitrag 31.20, Gesch. d. Org. 1.—, Stempel 3.—, Hauptbuch 2.50, Eintrittsmarken 4.50, Delegiertensteuer 0.75; Lauscha, Inserat 7.—; Pößneck, Beitrag 5.—; Hamburg II, Beitrag 160.—, Eintrittsmarken 7.—, Ersatzmarken 1.25, Delegiertensteuer 2.50; Mannheim, Beitrag 112.—; Reinheim, Beitrag 4.55, Eintrittsmarken 6.50; Zerbst, IV. Qu. 0.90; Neusorg, Beitrag 32.—, Delegiertensteuer 0 25; Bautzen, Beitrag 112.—; Berlin I, Ersatzmarke 0 25; Straßburg, Beitrag 280.—, IV. Qu. 1902 (Rest) 8.80; Konstanz, Beitrag 56.—; Frankfurt a. Oder, Beitrag 34.88, Eintrittsmarken 0 50, Delegiertensteuer 0.25; Königsberg, IV. Qu. 1.10; Schnieheim, III. Qu. 1.80; Wenig-Rackwitz, Streikunterstützung 20.55: Friedenau, IV. Qu. 0.90; Hohburg, Beitrag 56.—; Nürnberg, Beitrag 128.—; Posta, Beitrag 413.60; Grimma, Beitrag 21.60; A. B., Beitrag 28.—, Eintrittsmarken 7.—; Polkwitz, Inserat 1.—; Königsbrück, Beitrag 28.—; Horka, Beitrag 28.—; Ober-Schlema, Inserat 1.10; Bensheim, Rest Pongratz 5.—.

Felix Lange.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 7. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Generalstreik als politisches Kampfmittel. Von W. H. Vliegen-Amsterdam. — Die Aufhebung der bäuerlichen Haftpflicht in Rußland. Von G. Plechanow. — Der zehnte Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bulgariens. Von R. Avramoff. — Der Niedergang der brittischen Industrie. Von Th. Rothstein-London. (Fortsetzung.) — Der Kohlenhäuer und die „Maschinomanie". Von J. German. — Litterarische Rundschau.

Der wahre Jakob. 20. Jahrgang, Nr. 24.

Die Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. 13. Jahrgang, Nr. 24.

Briefkasten.

B. Die Frage können wir unmöglich im Rahmen einer Briefkastennotiz behandeln; es wird nächstens ein Artikel darüber erscheinen.

An unsere Inserenten!

Bei der Aufnahme von Inseraten werden wir zukünftig so verfahren, daß mit der Einsendung des Inserats auch die Uebermittlung des Betrages damit erfolgen muß. Ausgenommen hiervon sind nur die zu veröffentlichenden Todesanzeigen, wo ja die Unkosten von den einzelnen Zahlstellen gedeckt werden. Werden also aufzunehmende Inserate ohne Geld eingesandt, ausschließlich der Todesanzeigen, so werden dieselben nicht mehr veröffentlicht.

Anzeigen.

Glas-Christbaumschmuck

hochfeines Sortiment, **über 300 Stück** bessere moderne Sachen, als mit Chenille übersponnene **Eiskugeln, Leuchtkugeln** mit **Lichte, Vogel, Fische, Weihnachtsmann, Trompeten, Glocken, Leuchtblumen** zum Aufklemmen, **große Engel,** hochfeine **Baumspitze mit Silberhelm** usw. versende franko gut verpackt für **nur 5 Mk.** Gratis füge dieser Sendung einen **patentierten Lichthalter mit drehbarer Leuchtkugel** und zwei Paket Lametta bei. Kleineres Sortiment, **170 Stück, 3 Mk.** (Nachnahme 30 Pfg. mehr). Hierbei gratis 1 Engel u. 1 Paket Lametta.

Max Heumann
Lauscha, S.-M., No. 58.

Todes-Anzeigen.

Am 4. November starb unser Kollege, der Steinhauer

August Steinmann

im 38. Lebensjahr an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Die organisierten Steinarbeiter von Hannover.

Am 10. November starb unser Kollege

Karl Hoffmann

im Alter von 37 Jahren 8 Monaten nach 22wöchentlichem Krankenlager an der Berufskrankheit.

Leicht sei ihm die Erde!

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands Zahlstelle Riesa.

Am 12. November starb unser Kollege, der Steinmetz

Friedrich Hermann Seidel

im Alter von 55 Jahren an der Berufskrankheit.

Leicht sei ihm die Erde!

Die Organisation der Steinarbeiter von Dresden und Umgegend.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.